

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge Höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Altensteig, Gerichtsamt Nagold, gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinwählig wird. Erfüllungsort Rabatt nach Tarif, der jedoch bei

Nummer 16

Altensteig, Freitag den 20. Januar 1928

51. Jahrgang

### Gröner — Reichswehrminister

Berlin, 19. Jan. Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Gehler auf seinen Antrag vom Amt des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Gröner zum Reichswehrminister ernannt. Hiezu wird weiter mitgeteilt: Der Reichskanzler hat Donnerstag mittag der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei von der Absicht des Reichspräsidenten Kenntnis gegeben. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben beide Parteien am Mittwoch starke Bedenken gegen diese Ernennung geltend gemacht, jedoch die Kandidatur Grönners am Mittwoch abend als erledigt angesehen wurde. Der Reichspräsident hat aber in den Besprechungen, die Donnerstag vormittag stattfanden, darauf bestanden, daß die Entscheidung bei ihm liege.

#### Die Berliner Presse zu Grönners Ernennung

Berlin, 19. Jan. Zu der Ernennung des Generalleutnants a. D. Gröner zum Reichswehrminister schreibt „Die Kreuzzeitung“: Wir haben aus unseren Bedenken, die gegen eine Verwendung General Grönners in die Stellung eines Reichswehrministers sprechen, kein Hehl gemacht. Wir halten sie auch heute aufrecht. Nach Lage der Dinge können wir uns nur mit dem Wunsche bescheiden, daß der neue Reichswehrminister das in ihm von dem Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten gesetzte Vertrauen rechtfertigt und unsere Reichswehr gegen den unentwegten Ansturm ihrer inneren Feinde zu schützen vermag. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt: Hindenburg hat mit der gleichen Zurückhaltung, aber durchgreifenden Entschiedenheit, mit der er schon mehrfach langwierige Krisen zu beenden verstand, auch diesmal die Führung in seiner Hand behalten und nach Anhörung der parlamentarischen Vertreter auf Vorschlag des Reichskanzlers seine Entscheidung getroffen. Daß der neue Reichswehrminister zwar auf menschliche Sympathien bei allen Parteien, aber zunächst auf gewisse politische Widerstände stieß, kann eher als ein günstiges Vorzeichen für seine Amtstätigkeit betrachtet werden, deren Kennzeichen es sein wird, die Reichswehr auch weiterhin außerhalb der Parteiangriffe und der Politisierungsbestrebungen zu halten. In der „Germania“ heißt es: Der Reichspräsident hat also jenen Mann für das schwere Amt des Reichswehrministers ausgewählt, der in sorgenvollen Tagen sein Berater gewesen ist. Gröner ist als ein Mann von aufrichtiger Gesinnung bekannt.

#### Empfang Grönners beim Reichspräsidenten

Berlin, 19. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag den neuernannten Reichswehrminister Gröner.

#### Fraktionsführungen im Reichstag

Berlin, 19. Jan. Nach der Plenarsitzung des Reichstags traten das Zentrum, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten zu Fraktionsführungen zusammen, in denen laufende Angelegenheiten erledigt wurden. Selbstverständlich war hauptsächlich die Ernennung Grönners zum Reichswehrminister Gegenstand der Besprechungen. — Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger hört, soll bei den Deutschnationalen und bei der Deutschen Volkspartei eine gewisse Enttäuschung über die Ernennung Grönners, die gestern abend als abgetan galt, zum Ausdruck gekommen sein.

#### Zur Ernennung des Generals Gröner zum Reichswehrminister

Berlin, 19. Jan. Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit: Wenn in der Presse verbreitet wird, die Parteiführer hätten sich mit der Ernennung des Generals Gröner zum Reichswehrminister einverstanden erklärt, so trifft das für die Deutschnationale Volkspartei nicht zu. Es sind Bedenken politischer Art geltend gemacht worden. Die Ernennung erfolgte aber nach der Verfassung durch den Herrn Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers. Die deutschnationale Reichstagsfraktion erkennt das Recht des Herrn Reichspräsidenten, gerade auf dem Gebiete der Wehrmacht selbständige Entscheidungen zu fassen, in vollem Maße an. Das entspricht der zuletzt in der Entschließung vom 7. Dezember festgelegten grundsätzlichen Auffassung von der Bedeutung der Stellung des Reichspräsidenten im Sinne des Führergedankens. Da Herr General Gröner der Mann des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten ist, stellt die Partei ihre Bedenken zurück.

## Unsere Zeitung bestellen!

### Schluß und Ergebnis der Länderkonferenz

Drei Tage lang beschäftigten sich die Staatsmänner des deutschen Reiches und der deutschen Einzelländer mit den dringlichen Fragen der Vereinfachung und Verbildigung im Gefüge des deutschen Reiches. Es wurden Reden gehalten, die alle wohl vorbereitet waren, und dann folgte eine Diskussion, in der jeder seine Gedanken weiter ausführte. Das Ende aber war die Einsetzung von zwei Kommissionen und die redaktionelle „Verlautbarung“ über die tatsächlichen Ergebnisse der Konferenz. Wie schwierig aber schon letztere Arbeit war, geht daraus hervor, daß sich die Ministerpräsidentenkonferenz einen ganzen Nachmittag mit der Verlautbarung, die das Redaktionskomitee dem Plenum vorgelegt hat, beschäftigen mußte. Bis gegen 6 Uhr abends war es noch nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen. Dreimal sind die Verhandlungen unterbrochen worden. Die Pausen wurden für Formulierungen und Protokollsätze benutzt. Erst am Abend gelang die Formulierung, der besondere Wichtigkeit zukommt, weil sie die Bedeutung einer grundsätzlichen Entschliegung haben soll.

Die amtliche Verlautbarung lautet: Durchbrüche von der Uebereinstimmung, daß der Wiederanstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer einmütigen und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern erfolgen kann, sind Reichsregierung und Länderregierung in ihrer heute zum Abschluß gelangten Konferenz nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

I. Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Wenn auch darüber, ob die Reform die unitarische oder die föderalistische Kräfte stärken soll, oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte, so bestand doch darüber Einigkeit, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist.

Im übrigen wurde in folgenden Punkten Einverständnis erzielt:

1. Jede Teillösung ist bedenklich. Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder vom Reich als „Reichsländer“ aufgenommen werden. Finanziellen Koständen von Ländern, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse intretten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegen gewirkt werden; als solche kommen Dotationen nicht in Frage.
2. Das Reich soll seinen Machtbereich nicht durch finanzielle Ausbülung oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.
3. Wenn kleinere Länder in Nachbarländern aufzugeben wünschen, so soll dieses Aufgeben nach Möglichkeit erleichtert werden. Die Auflösung der bestehenden zahlreichen kleinen Enklaven und Exklaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.
4. Die Länderregierungen werden häufiger und beschleunigter als bisher untereinander Vereinbarungen zur Rechts- und Verwaltungsangleichung und Vereinfachung treffen, bei deren Abschluß die Reichsregierung mitwirkt.
5. Die Lösung des Gesamtproblems soll durch den Bericht eines Ausschusses vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besetzt wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichsrates vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuss entsenden. Der Ausschuss hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichskanzler.

II. Die Reichsregierung hat im Interesse der Lösung des Gesamtproblems folgende Maßnahmen in Aussicht gestellt:

1. Zur Beseitigung finanzieller Kostände von Ländern, die durch die Entwicklung der Verhältnisse intretten, ist die Reichsregierung bereit, über die seitliche verfassungsmäßige Zuständigkeit hinaus geeignete Verwaltungsbereiche solcher leistungsschwacher Länder auf das Reich zu übernehmen.
2. Zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufgeben kleinerer Länder in Nachbarländern, sowie für die Auflösung von Enklaven und Exklaven stellt die Reichsregierung ihre guten Dienste zur Verfügung, sie ist insbesondere bereit, eine Stelle zu bestimmen, welche in enger Fühlungnahme mit den Ländern anregend, vermittelnd und auf Antrag der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig wird.
3. Zur Vereinfachung der Gesamtverwaltung des Reiches wird die Reichsregierung demnächst im Reichsrat neue Vorschläge für das Reichsverwaltungsgericht machen.

III. Reichsregierung und Länderregierungen sind sich darüber einig, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sorgsamster Finanz-

verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Ein Ausschuh, der unter Vorsitz des Reichsministers der Finanzen aus mindestens vier Finanzministern der Länder besteht, soll näher prüfen, welche Wege in dieser Richtung gangbar erscheinen.

VI. Besüglich der Fragen der Verwaltungsreformen sind sich Reichsregierung und Landesregierungen über die Notwendigkeit beschleunigter Durchführung von entsprechenden Reformen in Reich und Ländern einig. Diese Reformen haben sich insbesondere auf folgende Fragen zu erstrecken:

- a) Zweckentsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden.
- b) Zweckmäßige und den heutigen Verkehrsverhältnissen angepaßte Abgrenzung der Bezirke des Lokal- und Mittelbereichs.
- c) Um eine Gleichmäßigkeit in der Durchführung der notwendigen Verwaltungsreformen in den Ländern und eine Uebereinstimmung in den entsprechenden Maßnahmen des Reiches sicher zu stellen, sind sich Reichsregierung und Landesregierungen darüber einig, daß es zweckmäßig ist, wenn
  - a) Landesregierungen der Reichsregierung Reichspartkommissar ihre Verwaltungsreformpläne mitteilen.
  - b) der Reichskommissar sich auf Antrag der Landesregierungen an ihren Plänen sachlich äußert. In diesem Falle werden die Landesregierungen dem Reichspartkommissar Gelegenheit geben, sich bei den in Betracht kommenden Landesbehörden zu unterrichten. Auch sind sie bereit, die Gutachten des Reichspartkommissars den beschließenden Körperschaften vor der Beschlußfassung anzuleiten.

Mit der näheren Durchprüfung der in Betracht kommenden Fragen wird der zu I, 5 erwähnte Ausschuh betraut werden.

Am Schluß der Diskussion über die der Öffentlichkeit zu übermittelnde Kundgebung sprach Bürgermeister Peterlen dem Reichskanzler den Dank der Versammlung für die Einberufung und Leitung der Konferenz aus.

Reichsjustizminister Herzog schloß die Tagung, indem er, an den Tag der Reichsgründung erinnernd, sagte: Wir sind heute zu unserem großen Bedauern nicht in der Lage, unserem Volke eine Endlösung zu bringen. Wir haben hier nur eine Frage mit erstem Willen anpacken können. Aber doch sehen wir Möglichkeiten für die Zukunft. Es ist wohl aller Meinung, daß die Sache nicht etwa mit dieser Tagung nun beendet sein soll, daß nicht etwa die Ausschüsse, die wir in Aussicht genommen haben, nun bloß der Dekorum wegen gebildet werden sollen, sondern daß in ihnen weiter ernste Arbeit geleistet werden soll.

Man hat zwei Ausschüsse gebildet und zwar einen zur die Frage der Verfassungs- und Verwaltungsreform, die leug mit dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern zusammenhängt, daß diese beiden Fragen durch einen Ausschuh bearbeitet werden können. Dieser Ausschuh wird 18 Mitglieder umfassen und zwar neun Vertreter der Reichsregierung und neun Ländervertreter. Die neun Länder, die Mitglieder des Verfassungsausschusses des Reichsrats sind, sind Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen, Hamburg und Anhalt. Stellvertreter für jeweils ausfallende Vertreter dieser neun Länder sind Mecklenburg-Schwerin und Lippe.

In dem Finanzausschuh werden Preußen, Baden, Hamburg und Thüringen vertreten sein.

## Neues vom Tage

### Zu den angeblichen Rücktrittsabsichten von Reudell

Berlin, 19. Jan. Zu der Meldung eines Berliner Morgenblattes über den angeblich bevorstehenden Rücktritt des Reichsinnenministers Dr. von Reudell können wir mitteilen, daß es sich dabei um Gerüchte handelt, die gestern nachmittag im Reichstag umgingen. Es wurde behauptet, daß die Absicht, Herrn von Reudell durch Herrn von Vindeiner zu ersetzen, ihren Grund darin haben, daß die Deutschnationale Volkspartei dem Zentrum im Zusammenhang mit den bevorstehenden schwierigen Schulgesetzberatungen und den inneren Erörterungen innerhalb der Zentrumspartei die Situation zu erleichtern suche, um so baldige Neuwahlen zu verhindern. Von führender deutschnationaler Seite wurden uns diese Gerüchte bereits gestern nachmittag als vollkommen grundlos bezeichnet. Auf neuerlich. Erkundigung wird uns heute vormittag von der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei bestätigt, daß eine Absicht, Herrn von Reudell aus dem Kabinett zurückzuziehen, überhaupt nicht erwogen worden sei.

### Zum jüngsten Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstages

Berlin, 19. Jan. Der Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstages über Aufhebung der Vorschriften des Reichs-

mietengleiches für Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen ist teilweise mißverstanden worden. Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz bleiben nach wie vor für die bereits vermieteten Wohnungen dieser Art in Geltung. Der Vermieter ist also nicht berechtigt, eine Erhöhung der Miete zu fordern oder zu kündigen. Nur falls nach dem 1. April 1928 eine Wohnung mit mehr als fünf Wohnräumen frei geworden ist und neu vermietet wird, soll der neue Mieter an die von ihm vereinbarte Miete gebunden sein und sich nicht mehr auf die gesetzliche Miete berufen dürfen. Die Strafbestimmungen gegen Wucher sollen auch hier gelten. Je mehr derartige Versuche einer Voderung des Mieterschutzes zu nicht gerechtfertigten Mietsteigerungen ausgenutzt werden, umso weniger ist mit weiteren Voderungen zu rechnen. Der Beschluß des Wohnungsausschusses bedarf im übrigen noch der Zustimmung des Reichstages.

**Verhaftung von Ungarn in der Tschechoslowakei und in Rumänien**

Budapest, 19. Jan. Aus der Tschechoslowakei und aus Rumänien eintreffende Nachrichten wissen zu berichten, daß sich dort die Verhaftungen von Personen mehren, die man der Spionage zugunsten Ungarns beschuldigt. Diese Serien von Verhaftungen hängen nach Auffassung hiesiger maßgebender Kreise offenbar mit der im Anschluß an den Zwischenfall in Szent Gotthardt im Ausland wieder auflebenden ungarntreulichen Pressepropaganda zusammen.

**Gesetz gegen autonomistische Propaganda in Frankreich**

Paris, 19. Jan. Der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf zur Bekämpfung jeder Art von autonomistischer Propaganda ist in der Kammer verlesen worden. Wie das „Journal“ mitteilt, wird nach dem Gesetzentwurf jeder, der gegen die Integrität des Staatsgebietes wirkt, mit Gefängnis von 1 bis 5 Jahren und mit Geldstrafen bestraft. Außerdem kann auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Aufenthaltsverbot erkannt werden. (Das bedeutet ein Ausnahmegesetz gegen das Elch.)

**Deutscher Reichstag**

Berlin, 19. Januar.

Am Regierungstische Reichkanzler Dr. Marx, Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Präsident Loebe eröffnet die erste Sitzung nach der Pause und gedenkt des Ablebens des kommunistischen Abgeordneten Bock. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Haushaltsplans für 1928.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler gab zunächst ein Rückblick auf die Verhältnisse vor einem Jahre. Damals mußte die Wirtschaft und Finanzlage Deutschlands mit großer Sorge erfüllen. Vor allem war die Zahl der Erwerbslosen noch immer gefährlich groß. Der monatliche Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge, der vom 1. April 1927 an ganz vom Reich bestritten werden sollte, betrug etwa 40 Millionen und der Haushalt erhielt keine ausreichenden Mittel für diese Zahlungen. Den Beamten und Kreisbeschäftigten mußten die Bezüge erhöht werden und von den Liquidationsbeschäftigten wurde eine alsbaldige ausreichende Schlichtungsabgabe verlangt. Woher die Mittel für die Befriedigung all dieser Anforderungen kommen sollten, war bei der damaligen Wirtschaftslage nicht zu ersehen. Daß dennoch die an das Reich gestellten Anforderungen im Laufe des Jahres 1927 erfüllt werden konnten, liegt an dem nicht voraussehbaren Aufschwung, den das Wirtschaftsleben angenommen hat. Die Produktionsstärken haben sich fast auf aller Gebieten. Die Wirtschaft war überaus lebendig in der Lage nach und nach fast die gesamten 1,5 Millionen Arbeitslosen in sich aufzunehmen. Das Tarifniveau des deutschen Arbeiters stieg. Die Zahl der Kontrakte sank und betrug im September 1927 mit 300 sogar weniger als die Hälfte des Jahresdurchschnitts von 1913. Die Spareinlagen stiegen von 2,9 Milliarden im November 1926 auf 4,4 Milliarden im Oktober 1927. Sie erreichten damit allerdings erst 23 Prozent der Einlagehöhe des Jahres 1913. Ein Jahr guter Konjunktur liegt hinter uns. In den neun Monaten April bis Dezember 1927 haben die

Best- und Verkehrssteuern, die Zölle und Verbrauchsabgaben zusammen 8,3 Milliarden erbracht. Das bedeutet gegenüber dem Haushaltslohn ein Mehr von über 500 Millionen. Ich habe alle recht behalten, als ich im Oktober das voranschreitende Gesamteinkommen in vorsichtiger Schätzung auf 300-350 Millionen angab. Damals wurde ich aber wegen angeblicher leichtfertiger Schätzung hart angegriffen. Nur die Länder ist gegenüber der Garantiesumme eine Mehrüberweisung in Höhe von 83 Millionen in diesem Dreivierteljahr erfolgt. Das Gesamtergebnis dürfte jedenfalls sein, daß neben einer recht erheblichen Mehrüberweisung an die Länder dem Reich ein Mehrertrag von nicht unter 500 Millionen verbleibt. Insofern wird der Nachtragshaushalt nicht unter 500 Millionen erfordern, so daß noch 150 bis 180 Millionen Mark an Ersparnissen verbleiben werden. Das Wirtschaft- und Aufräumungsjahr 1927 wird also trotz der Mehrbelastungen einen Uberschuß etwa in gleicher Höhe erbringen, wie es ihn aus dem Jahre 1926 übernommen hat. Es wird im ganzen in sich balancieren. Von dem zu erwartenden Uberschuß sind 160 Millionen in den Etat für 1928 eingestellt worden.

Der Minister wendet sich dann dem Etat für 1928 zu, dem ersten Etat mit der Normalbelastung des Dawessens. Man kann ihn mit Recht als Etat der Sparsamkeit bezeichnen. Trotz neuer zwangsläufiger Ausgaben ist es gelungen, ihn ohne Steuererhöhung zu balancieren.

Der Nettobedarf des Reiches für seine gesamten Verwaltungszwecke, der vor dem Kriege rund 2,4 Milliarden, im Jahre 1927 rund 2,5 Milliarden betrug, ist in dem neuen Etat auf rund 1,7 Milliarden gesunken. Der Etat für 1928 schließt im Ordinarium mit 2,356 Milliarden, im Extraordinarium mit 148 Millionen, zusammen mit 2,5 Milliarden in Einnahme und Ausgabe ab. Das bedeutet zusammen ein Mehr von 367 Millionen, gegenüber dem Vorjahr also ein Mehr, das noch nicht die Erhöhung der Reparationslast mit 396 Millionen erreicht. Das Steuereinkommen ist gegenüber dem Soll von 1927 um 942 Millionen höher geschätzt. Die Schätzung des Steuereinkommens wird bedingt durch die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage. Die Konjunktur scheint ihre Höhe erreicht zu haben, es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß sich ein erheblicher Rückgang oder gar eine Krise vorbereite. Eine Teuerungsschneise wäre die größte Gefahr, die unserer Wirtschaft im Augenblick entsetzlichen könnte. Ein besonders schwieriges Kapitel bildet besonders die wachsende Verschuldung der Landwirtschaft. Die Regierung hält eine baldige Lösung dieser außerordentlich schwierigen Lage für erforderlich. Die Einkommen- und Körperschaftsteuern werden zusammen auf 2450 Millionen geschätzt, 400 Millionen mehr als das Soll des Jahres 1927. Von diesem Soll entfallen 100 Millionen auf die Lohnsteuer.

Der Minister ging dann auf die einzelnen indirekten Steuern ein, deren Ertrag im allgemeinen nach dem Stichtagsergebnis des Jahres 1927 geschätzt worden ist. Der aus 1926 und 1927 übernommene Anleihebedarf sei der dunkelste Punkt in der Etat- und Finanzlage des Reiches. Der Kurs der im Frühjahr 1927 gegebenen Reichsanleihe habe fortgesetzt gekürzt werden müssen, um nicht allzu stark herabzusinken. Der Kassenbestand, der Ende 1924 noch eine Milliarde betrug, werde Ende 1928 nur noch 300 Millionen betragen. Ob der Anleihebedarf die Behebung von Reichsanleihen 1928 zulassen werde, stehe noch nicht fest. Unter allen Umständen werde man aber der deutschen Wirtschaft und der Reichsbank als Kreditgehenden den Vorrang lassen müssen. Wenn die Reichsregierung nicht im Jahre 1928 zu einer gewissenmaßen Abtrottelung der außerordentlichen wie der ordentlichen Ausgaben genötigt werden soll, dann sei es absolut erforderlich, jeden weiteren Uberschuß ausschließlich für die Senkung des Anleihebedarfs zu verwenden.

Der Minister wies dann darauf hin, daß 1928 in Bezug auf die Reparationsverpflichtungen das erste Normaljahr sei, in dem die deutsche Gesamtwirtschaft den vollen Betrag von 2,5 Milliarden aufbringen soll. Die Vorkläufe der Reichsregierung für den Haushalt 1928 lieferten den Beweis, wie ernst es der deutschen Reichsregierung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen sei. Der Erfolg hänge aber nicht zum geringsten davon ab, daß das Ausland auch seinerseits unserer Ausfuhr die Wege öffnet, die noch verschlossen sind. Die Reichsregierung wolle nur solche Auslandsanleihen beabsichtigen, die unaufschiebbar sind und produktiven Zwecken dienen. Die Vändertkonferenz habe uns auf dem Wege zur parlamentarischen Gestaltung beim größten Wirkungs-

grad der Verwaltung ein gutes Stück vorwärts gebracht. In Gemeinschaft mit den Ländern werde die Reichsregierung diese Fragen praktisch fördern.

Der Reichsfinanzminister erinnerte dann an die Bedeutung des Reparationsgesetzes, doch erwogen werden müsse, die deutschen Reparationsverpflichtungen endgültig zu regeln, auf ab-soluter Basis und ohne Kontrolle von außen. Dazu erklärte er: Der Sachverständigenplan zeichnet selbst die Notwendigkeit vor, eine endgültige Lösung zu suchen und es heißt nicht ihn ab-ändern, sondern ihn erfüllen, wenn nach hinreichender praktischer Erfahrung die abschließende Regelung gefunden wird.

Der Minister erläuterte dann als eine der zwangsläufigen Aufgaben die Aufwendungen für die Sozialpolitik. Das Gesamteinkommen an Beiträgen und Zuschüssen habe 1927 hierfür 3,5 Milliarden erreicht gegen annähernd 1,4 Milliarden im Jahre 1913. Wir müssen fortstreiten auf dem Wege unter Rücksichtnahme auf die Tragfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Wir dürfen trotz all der politischen Fragen und Diskussionen die soziale Frage nicht vernachlässigen.

Da im Jahre 1929 die Reparationslast um weitere 300 Millionen steigt, sagt der Minister eine Verschlechterung des Haushalts für 1929 voraus. Zur Deckung komme aber eine Erhöhung der Steuerlast in keiner Weise in Frage. Nicht nur die Rücksicht auf die Wirtschaft, sondern auch die Verhältnisse des Reiches selbst müßten mit unerbittlichem Zwang dazu führen, in der Frage der großen Reform auf dem Gebiet des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern und einer Reform der öffentlichen Verwaltung zur Tat zu kommen. Außerordentlich wichtig erscheint die Uebereinkunft zwischen Reich und Ländern, daß Maßnahmen zur Sicherstellung parlamentarischer Finanzverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Nicht nur und wirkungsvoller wäre eine Selbstbeschränkung des Parlaments durch eine Geschäftsordnung, wie sie etwa in England besteht. Die Reform der öffentlichen Verwaltung verdrängt keinen Aufschwung mehr. Das Reich will mit der Zusammenlegung von Behörden vorangehen. In erster Linie sollen die kleinen Landesfinanz- und Finanzämter aufgehoben werden. Das Jahr 1928 stellt die Schicksalsfrage an das deutsche Volk, ob wir unserer Zukunft und unseres Glückes eigener Schmieid bleiben wollen unter Opferung mancher Wünsche und mancher liebgehabten Traditionen. Möge die Geschichte einst über das deutsche Volk und sein Schicksal in diesen schweren Jahren das Dichterverwort Gottfried von Strahburgs lesen: „Ihm war ein volles Reich und Ziel verliehen in zwei Dingen: Im Leid und im Gelingen!“ (Beifall bei den Regierungsparteien.)

In unserem „Schwarzwälder Sonntagblatt“ beginnen wir morgen mit dem Roman einer Mutter

**Frau Agnes und ihre Kinder**

Von Fritz Hermann Gläser

Fritz Gläser's Roman „Frau Agnes und ihre Kinder“ führt uns das Schicksal einer Frau vor, die im Elternhause und im Hause ihres Mannes ebensowohl Freude wie Leid zu erfahren hatte und die nach dem vorzeitigen Tode ihres Mannes für drei Kinder allein zu sorgen hat. Ihr Mann, der seltene Heider, hat ein lustiges, großspuriges Leben geführt; die Bauern in der Umgebung hatten kein gutes Ende prophezeit, und wirklich steht Frau Agnes nach dem Tode des Mannes völlig mittellos da. Mit eiserner Tapferkeit aber nimmt sie das Leben in die Hand, ohne das Farte und Frauenhafte ihres Wesens zu verlieren, und tatsächlich gelingt es ihr, ihr Schicksal und das Schicksal ihrer Ruben in gerade Wege zu lenken. Ein Roman voll Saft und Kraft, voll Natürlichkeit und leuchtender Farben. Trohdem die Vorgänge und Ereignisse mitunter ungemein schmerzhaft und ergreifend sind, kommt auch der Humor nicht zu kurz. Ein Roman, dessen Gestalten lebendig sind und deutlich vor uns stehen; ein Roman, den der Leser mit größter Spannung verfolgt.

**Die Wenderoths**

Original-Roman von Marie Farling

(Nachdruck verboten.)

In der Diele ist es inzwischen ganz dunkel geworden; draußen singt der Sturm die wunderlichsten Melodien, klatschend treibt er dicke Regentropfen gegen die Fensterscheiben.

„Wo Gerd und Erta geht wohl sein mögen?“

„Sie wandern wohl unter der lachenden Sonne des Südens, indes wir hier solch schauerliches Wetter haben.“

„Ach, Tantchen, ich glaube kaum, daß sie es so gemütlich haben wie wir beiden. Hier am brennenden Kaminfeuer ist es doch so traulich, und ich empfinde es ganz angenehm, wenn man den rauhen Gefellen da draußen hört.“

„Ja, Viehling, wir beide können es schon anhalten; aber gar mancher muß doch in die Sturmnacht hinaus. Ich muß an solchen Tagen immer an Wolf denken; genau so ein stürmischer Herbsttag war es, als man mit meinen Sohn blutüberströmt hier in die Diele brachte. Er war mit dem Pferde gestürzt. Ach, Kind, das waren schreckliche Tage! Erta war damals noch fast ein Kind — kaum zwanzig Jahre — wurde sie schon Witwe. Vier Jahre ist sie nun Witwe gewesen, werd konnte sich zur Heirat gar nicht entschließen, aber das Erbe der Wenderoths muß der Familie und dem Namen erhalten bleiben. Es ist schön, ein Reis vom alten Stamm zu sein, es ist angenehm, der Erbe einer großen Besitzung zu werden, aber man übernimmt mit dem Erbe nicht nur das Angenehme, sondern auch die vielen, oft schweren Pflichten und Lasten, die der Besitz eines solchen Anwesens mit sich bringt.“

„Ja, Tantchen, so vieles, was einen Fremden seltsam anmutet, bei unserem westfälischen Bauernstamm lernt man nur verstehen und begreifen, wenn man selbst unter den Deuten lebt, namentlich die heiße, leidenschaftliche Liebe zur angestammten Scholle. Es war ja auch wohl das westfälische Blut, das vom Vater her in meinen Adern fließt, das mich so mächtig hierherzog, trohdem ich ja drüben auch gute und liebe Menschen lassen mußte. Ich habe eine Bitte, Tant-

chen: dürfte ich in nächster Zeit wohl die alte Heimat und des Vaters Grab besuchen?“

„Gewiß doch, Kind; wirst du dich aber nach so langer Zeit allein dort zurechtfinden?“

„Ich werde Hans um seine Begleitung bitten; er ist schon oft wieder in der alten Heimat gewesen und sagte mir auch, daß der Schloßgärtner das Grab immer noch schön in Ordnung halte. Nun möchte ich doch einmal hin und dem alten Manne eine kleine Entschädigung geben für seine Mühe. Ich glaube nicht, daß er nach Mütterchens Tod noch etwas erhalten hat.“

„Ganz recht, Kind, tue das! Ihr könnt vielleicht mit dem kleinen Jagdwagen hinüberfahren, wenn die Witterung sich bis dahin etwas gebessert hat.“

Am anderen Tage lugt die Sonne wieder durch das stürmgeräuschte Gewölke, gegen Mittag wird sogar wieder ein Stück blauen Himmels sichtbar. Annemarie freut sich auf die Fahrt in die liebe, alte Heimat, und Frau Wenderoth ist herzlich froh, das sonst so ernste Mädchen wieder einmal froh und munter zu sehen. Hans hat natürlich gern zugestimmt, Annemarie zu begleiten.

Der Oberförster ist in der letzten Zeit gar nicht wieder zu erkennen, so ernst und solid ist er geworden. Frau Braun ist voll des Lobes über ihn, seine einfligen Zehgenossen im „Blauen Adler“ aber schimpfen weidlich über den Abfall des einstigen Bruders Lustig. Der Forsttag Vogel, ein Jungeselle vom reinsten Wasser, erklärt ganz ärgerlich: „Darum ist nur der verfluchte kleine Blondkopf schuld, des ehemaligen Rentmeisters Tochterlein. Habe den Vater sehr gut gekannt, war ein echter Westfale, die Mutter ein so zartes, weichesmühtiges Fräulein, die Tochter ist ganz ihr Ebenbild.“

„Na, ich glaube nicht, daß die kleine Schmieiding den auf dem Gewissen hat, ich glaube viel eher, daß es die schöne Frau Wenderoth ist, der er nachtrauert!“ meint ein anderer.

Forsttag Vogel sätzt in die Höhe: „Nensch, laß dich nicht auslassen! Der tolle Hans soll einer unglücklichen Liebe nachtrauern? Aee, dafür ist er nicht zu haben. Wohl mag es den Idealisten einmal pochen, aber ganz sicher nur dann,

wenn die Liebe beiderseitig ist; drum eben meine ich, die blonde Kleine hats ihm angetan!“

Einer dieser Herren ist während des Gesprächs zum Fenster getreten, jetzt laßt er leise auf.

„Wahrhaftig, Kinder, ein altes Sprichwort sagt: Wenn man von dem Teufel redet, so kommt er! Und es hat wirklich einmal wieder recht. Dort kommt unser Hans selbsthaftig angefahren im Wenderothschen Wagen und die kleine Schmieiding sitzt bei ihm.“

„Was sagt ihr denn nun?“ triumphiert der Forsttag.

„Habe ich nicht recht?“

„Abwarten! Forsttagchen — abwarten!“ laßt der Chorus.

„Ein einmaliger Ausflug besagt noch nichts.“

Der Oberförster und Annemarie aber fahren unterdessen ahnungslos in den sonnigen Herbsttag hinein. Sie wollen am Riedhof vorüber, da Dieselotte ihre Mißfahrt zugestimmt hat. Frau Wenderoth hat sie darum gebeten, denn sie fürchtet, die allzeit zur Kritik bereite Welt könnte es anstößig finden, wenn Hans und Annemarie allein in der Welt umherzufahren.

Annemarie freut sich sehr, daß Dieselotte mitfährt, sie hat das stille, ernste Mädchen so gern und hofft sehnlich, daß sie und Hans glücklich werden.

Die Fahrt durch den herrlich bunten Wald ist wunderbar, die lächelnde Sonne täuscht noch sommerliche Wärme vor. Das kleine Dörfchen liegt so friedlich inmitten der frisch bestellten Felder, eine buntschneidige Kinderherde graßt an den schräg abfallenden Dämmen der Landstraße, schnatternd watschelt ein Trupp Gänse quer über die Straße zum Dorf-teich.

In dem sauberen Wirtshaus neben der kleinen Kirche wird der Wagen eingepflegt; der Wirt ist ein Fremder, noch nicht lange im Dorfe ansässig, darum kann er auch mit müßigen Fragen nicht lästig fallen.

Zu Fuß geht es dann den schmalen, gemauerten Fußweg zum Schloß hinauf; finster und trübig ragt der altersgraue Schloßturm über die hohen Buchen- und Eichenwipfel empor.

(Fortsetzung folgt.)





Hornberg.

# Stammholz-Verkauf.

Die Gemeinde verkauft im Wege des schriftlichen Meistgebots folgendes Stammholz:

	Langholz						Sägholz					
	I	II	III	IV	V	VI	I	II	III	IV	V	VI
Los 1 Nr. 241—390												
Tannen	1,51	13,58	23,81	19,54	0,43		0,51	3,97	2,83	1,81		
Forschen	4,29	9,06	7,65	1,75			1,45	3,46				
Los 2 Nr. 391—526												
Tannen	4,81	11,92	16,21	17,23	0,53		2,94	1,79	0,84			
Forschen		1,69	2,43	5,06			0,99	2,34	0,74			
Los 3 Nr. 527—654												
Tannen	2,74	5,89	8,82	8,41	6,53		2,11	1,13	0,29	0,28		
Forschen	2,27	14,66	21,96	14,07	4,58		3,97	1,91	5,56	1,40		

Schriftliche Angebote, in Prozenten der neuen Landesgrundpreise, wollen bis Dienstag den 24. Januar nachmittags 1/2 Uhr beim Schultheißen-Amt eingereicht werden. Zahlungsbedingungen sowie Abfuhr günstig. Zusage behält sich der Gemeinderat vor.

Gemeinderat

## Kranken-Unterstützungs-Verein Altensteig

Am Sonntag, den 22. Januar, mittags 3 Uhr findet bei Mitglied J. Schwarz, Bäcker und Wirt die halbjährige

## Mitglieder-Versammlung

statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.  
Der Vorstand.

Nachdem der Neu- und Umbau des Bezirkskrankenhauses in Freudenstadt fertiggestellt ist, bin ich wieder in der Lage, **Privatarbeiten** zu übernehmen.  
**Mein Büro befindet sich jetzt in der Falkenstr. 47**  
Planung und Ausführung von Neu- und Umbauten werden von mir gewissenhaft besorgt. Auch der kleinste Auftrag wird sorgfältig ausgeführt.  
Hermann Wöhrle, Baumeister, Freudenstadt  
Telephon 344 — Falkenstr. 47  
Büro für Architektur und Bauausführung

Walddorf.

Am Sonntag, den 22. Januar findet im „Adlersaal“

## Tanz- Unterhaltung

statt, unter Mitwirkung der Pforzheimer Jazzkapelle wozu höflichst einladet



Karl Walz.

**D Vitamine!!!**

Füttert Gure Kälber und Schweine mit **HEMON-AUFBAUMEHL**

ca. 200 Gramm tägliche Beigabe ins Futter ergeben 2% Pfund tägliche Gewichtszunahme. Das kostet nur 15 Pfg. bei völliger Milchsparsamkeit. Für vollen Erfolg wird garantiert. Viele Daneschreiben von Bauernvereinen und Genossenschaften vorliegend. Hühner, die keine Eier legen, geben Sie Hemon-Aufbaumehl! C. L. Erdina Futtermittel, Balingen, Württhg. Alleinverkauf: **Altensteig, Fr. Schlumberger, Drogerie.** 10 Pfd. 4.50 M., 50 Pfd. 18.— M., 100 Pfd. 35 M. franco.

**„Greif“**  
Vervielfältiger,  
Vervielfältigungs-  
Zubehör.  
Gottlob  
Kächelen  
Freudenstadt,  
Gegr. 1848.  
Alles für Büro  
Markt 53 Fernr. 31

**Egenhausen**  
Einen Einspänner-  
**Ruhwagen**  
samt Zubehör und einen  
**Ucker**  
im vorderen Kohlwald  
verkauft  
Johs. Spigenberger

**Berneck**  
Morgen Samstag  
und Sonntag  
**Mehlsuppe**  
mit gutem Stoff  
wozu einladet

**Rühnle & „Waldhorn“**  
**LEBEWOHL**  
das beste Mittel  
gegen  
**Hühneraugen  
und Hornhaut**  
Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., **Lebewohl-Fußbad**  
gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel  
(2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Dro-  
gerien. Sicher zu haben bei: **Fr. Schlumberger,**  
Schwarzwald-Drogerie, Poststraße.

**Federnreinigung  
Mittwoch**  
Anmeldung der Anzahl  
der Bettstücke oder Gewichtsmengen zwecks Zeiteinteilung  
erbeten. Bettstücke, die  
wieder Verwendung finden  
sollen, sind mindestens 40 cm  
weit aufgetrennt zu bringen.  
Reinhold Haber, Altensteig

**Todes-Anzeige.**  
Unsere liebe und gute  
**Karoline**  
ist nach langem und schwerem  
Leiden gestern früh von uns ge-  
gangen, nachdem sie unserer  
Familie 22 Jahre lang in vorbildlicher Treue,  
seltener Uneigennützigkeit und rührender An-  
hänglichkeit gedient hat.  
Altensteig, 20. Jan. 1928. Familie Jenzsch.  
Beerdigung Samstag nachm. 1/3 Uhr  
Krankenhaus, alter Friedhof.

**Krieger-Verein  
Nischalden-Oberweiler**  
Der Verein hält am Sonntag den 22. d.  
Mts. abends 1/7 Uhr seine  
**Weihnachtsfeier**  
im Gasthaus zum „Stisch“ in Oberweiler  
mittheate. Darbietungen (1. Die Braut des  
Wilderer in 3 Aufzügen, 2. Der Unteroffizier  
Stramm und Reut Schlapp, 3. Wenn d'Wei-  
ber streiken, 4. Der Bauer im falschen Bett)  
und Tanzunterhaltung ab. Die Spieler.

**Der Südfunk**  
Preis 20 Pfg.  
ist stets zu haben in der  
**W. Nieber'schen Buchhdlg., Altensteig**

Auf sämtliche Waren bei Käufen von Mark 5.— ab

# 20 Prozent Rabatt

Verkauf nur gegen bar!  
♥  
Kein Umtausch!

**Paul Räuchle, am Markt, Calw.**

